

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

10. November 2014

Afghanistan

Sicherheitslage

Die Führer eines Aufstandes gegen die Taliban im Distrikt Maqur der südöstlichen Provinz Ghazni forderten am 03.11.14 entweder mehr Unterstützung durch die Regierung oder ihre Aufnahme in den Polizeidienst. Bei Zusammenstößen zwischen Sicherheitskräften und Taliban in den Provinzen Helmand (Süden) und Nangarhar (Osten) wurden drei Taliban getötet und acht verletzt. In Gardez, der Hauptstadt der südöstlichen Provinz Paktia, starben bei der Explosion einer Bombe auf einem Marktplatz vier Menschen, 23 wurden verletzt. Bei einer Militäroperation in der nordöstlichen Provinz Badakhshan kamen ein Distriktschef der Taliban und sieben weitere Kämpfer um. Bei einer weiteren Operation in der nördlichen Provinz Faryab wurden fünf Aufständische getötet.

Am 05.11.14 teilte das Innenministerium mit, dass bei Operationen der Sicherheitskräfte gegen Taliban in den Provinzen Uruzgan (Süden) und Khost (Südosten) mindestens 28 Taliban getötet und 47 verwundet worden seien. Auch in den Provinzen Laghman, Kunduz, Nangarhar, Badakhshan, Balkh, Kandahar, Zabul und Paktia sei gegen Taliban vorgegangen worden.

Am 06.11.14 wurden in der südostafghanischen Provinz Paktia die Leichen von zehn erschossenen Personen gefunden. Nach Angaben der Behörden habe es sich um Zivilisten gehandelt. Die Taliban behaupten, es seien Sicherheitskräfte gewesen.

Am 09.11.14 gab es einen Anschlag der Taliban auf das Polizeipräsidium in Kabul. Dabei soll mindestens ein Mensch getötet worden sein, der Polizeichef selbst sei unverletzt geblieben.

Am 10.11.14 kamen bei Bombenattentaten in drei Städten mindestens zehn Polizisten um. Betroffen waren Kabul und die Provinzen Logar sowie Nangarhar.

Pakistan

Sicherheitslage

Bei einem Bombenanschlag im Dorf Painsa Cheena (Khyber-Stammesgebiet) wurden am 04.11.14 zwei Soldaten und zwei Zivilisten getötet.

Mob lynchte christliches Ehepaar

Am 04.11.14 wurde ein christliches Ehepaar nahe Lahore/Punjab von einem Mob bei lebendigem Leib verbrannt. Dem Ehepaar wurde vorgeworfen, Seiten aus dem Koran verbrannt zu haben. Die Behörden des Bundesstaates Punjab setzten ein Komitee ein, das die Ermittlungen beschleunigen soll. Außerdem wurden Sicherheitsvorkehrungen in christlich geprägten Wohngebieten verschärft. In der Vergangenheit kam es nur selten zu Anklagen in Fällen religiöser Gewalt gegen Minderheiten.

60 Tote nach Selbstmordanschlag

Nach dem schwersten Selbstmordanschlag seit Monaten an der Grenze Pakistans zu Indien ist die Zahl der Todesopfer auf 60 gestiegen. Zwölf Menschen seien in der Nacht zum 10.11.14 an ihren Verletzungen gestorben, sagte ein Arzt im Krankenhaus der Grenzstadt Khurki. Mehr als 130 Menschen seien verletzt worden. Das Attentat hatte sich am Grenzübergang Wagah ereignet. Dort versammeln sich jeden Abend Tausende, um der feierlichen Schließung der Grenze beizuwohnen. Dabei werden die Flaggen Indiens und Pakistans

eingeholt. Bei dem Selbstmordattentäter soll es sich laut Angaben der Polizei um einen Jugendlichen gehandelt haben. Die sunnitische Jamaat ul-Ahrar, eine Gruppierung der pakistanischen Taliban mit Verbindungen zum Terrornetzwerk al-Qaida, bekannte sich zu dem Attentat.

Irak

Luftschläge gegen IS-Ziele

Am 09.11.14 bestätigten die USA eine Serie von Luftschlägen gegen eine mutmaßliche Zusammenkunft von hochrangigen IS-Führern im Norden von Mosul (Provinz Ninive). US-Angaben zufolge liegen noch keine Informationen darüber vor, ob der IS-Führer Abu Bakr al-Baghdadi verwundet wurde bzw. ob er sich überhaupt in dem angegriffenen Konvoi befand. Irakische Stellen meldeten, dass al-Baghdadi verletzt worden sei. Laut Pressemeldung sollen die Luftschläge in den letzten Wochen die Bewegungsfreiheit der Jihadisten und ihre Kommunikationsmöglichkeiten eingeschränkt haben.

Ausbilder und Militärberater

Die USA werden in den kommenden Wochen 1.500 weitere Ausbilder und Militärberater in den Irak entsenden. Damit beträgt das US-Kontingent insgesamt 3.100 Mann. Die Soldaten sollen sich nicht an Kampfhandlungen beteiligen.

Jemen

Schwere Gefechte in Sanaa und im Südjemen

Erstmals seit Mitte September ist es in der von schiitischen al-Houthi-Rebellen kontrollierten Hauptstadt Sanaa wieder zu schweren Gefechten gekommen. Bewaffnete hätten in der Nacht zum 06.11.14 al-Houthi-Stellungen am Flughafen angegriffen und die Verteidiger daraufhin Straßensperren rund um den Flughafen errichtet. Dies meldete die jemenitische Nachrichtenseite Al-Masdar Online.

Nach einem weiteren Bericht von Al-Masdar Online kam es auch im Südjemen zu neuen Gewaltausbrüchen. Dort liefern sich al-Houthi-Rebellen und sunnitische Stämme seit rund drei Wochen heftige Gefechte.

Syrien

Armee greift weiter mit Fassbomben an

Bei einem Angriff der syrischen Armee am Abend des 08.11.14 mit Fassbomben (mit Sprengstoff gefüllte Ölfässer) in der Region al-Bab (Gebiet nordöstlich von Aleppo), in der Aufständische von Regierungstruppen und dem Islamischen Staat (IS) bekämpft werden, kamen nach Informationen der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte 21 Menschen ums Leben und bis zu 100 wurden verletzt.

USA bombardieren Chorasán-Gruppe

Die USA bombardierten in der Nacht zum 06.11.2014 zum zweiten Mal Mitglieder der Chorasán-Gruppe. Es soll sich bei der Gruppe um ein Netzwerk langjähriger al-Qaida-Terroristen handeln, das Anschläge in Europa und den USA geplant haben soll. Die Angriffe fanden in der syrischen Provinz Idlib, in der Nähe der Ortschaft Sarmada, statt. Die USA hatten bereits Ende September ein Gebäude der Chorasán-Gruppe angegriffen und mehrere Anführer dieser zuvor weitgehend unbekanntes Gruppierung getötet.

Rebellen und al-Nusra-Front erobern Stadt Nawa

Rebellen sollen am 09.11.14 nach Angaben der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte zusammen mit dem mit al-Qaida verbündeten Netzwerk der al-Nusra-Front die Stadt Nawa in der Provinz Dara'a von Regierungstruppen erobert haben.

Libanon

Legislaturperiode bis 2017 verlängert

Am 05.11.14 stimmten 95 von 97 anwesenden Parlamentariern dafür, die Legislaturperiode bis zum Juni 2017 zu verlängern. Die beiden christlichen Parteien Kataib und Free Patriotic Movement (FPM) boykottierten die Sitzung. Die letzte Wahl fand 2009 statt, die für 2013 geplanten Wahlen wurden wegen der schwierigen Sicherheitslage abgesagt. Auch derzeit seien Wahlen nicht durchführbar, wurde argumentiert. Nur der Staatspräsident könnte diese Entscheidung aufheben. Der Libanon besitzt jedoch seit Mai 2014 keinen Präsidenten mehr, da sich das Parlament auf keinen Nachfolger einigen konnte. Der inzwischen 15. Versuch einer Präsidentenwahl wurde auf den 19.11.14 terminiert.

Palästinensische Autonomiegebiete/Israel

Israelische Ex-Generäle und Polizeiführer fordern Wiederbelebung des Nahost-Friedensplans

105 ehemalige israelische Generäle, Polizei- und Geheimdienstchefs haben in einem offenen Brief von der Regierung einen neuen Anstoß zur Beilegung des Nahost-Konflikts gefordert. Nach Berichten des Informationsportals „Ynet“ vom 03.11.14 drängen die Verfasser Regierungschef Benjamin Netanjahu zu einer „diplomatischen Initiative“ für eine dauerhafte Zwei-Staaten-Lösung. So sei Israel „stark genug“, um diesen Weg „ohne Risiken für seine Sicherheit“ zu beschreiten. Weiter heißt es, die Unterzeichner seien „müde von Kämpfen, die sich Jahr für Jahr ereignen“. Stattdessen müsse die Regierung „ernsthafte Anstrengungen zur Umsetzung der saudi-arabischen Initiative“ unternehmen. Saudi-Arabien hatte 2002 eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und den arabischen Staaten in Aussicht gestellt, wenn sich Israel im Gegenzug aus allen seit 1967 besetzten Gebieten zurückziehe. Die von US-Außenminister John Kerry angestrebten Friedensgespräche zwischen Israelis und Palästinensern sind seit April 2014 unterbrochen.

Erneut Krawalle auf dem Tempelberg und in der Jerusalemer Altstadt

Seit Wochen kommt es am Tempelberg immer wieder zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Palästinensern und israelischen Polizisten. Vergangene Woche war das Gelände erstmals seit Jahren abgeriegelt worden, nachdem ein jüdischer Nationalist angeschossen und der mutmaßliche palästinensische Schütze von der Polizei getötet worden war. Es bestehen Befürchtungen vor einer neuen Intifada. Am 05.11.14 setzten sich die Krawalle fort. Angaben eines Polizeisprechers zufolge drangen Sicherheitskräfte auf das Gelände der Al-Aksa-Moschee vor, um eine Gruppe Vermummter auseinanderzutreiben. Die Sicherheitskräfte seien zuvor mit Steinen und Feuerwerkskörpern beworfen worden. Nach Berichten eines Reporters kam es anschließend auch zu Ausschreitungen in der Jerusalemer Altstadt. Nahe einem Stadttor hätten Polizisten Blendgranaten und Tränengas auf eine aufgebrachte Menge abgefeuert. Unter den Menschen sollen sich zahlreiche Schulkinder befunden haben.

Proteste und Streiks nach Erschießung eines jungen Arabers

Die Erschießung eines 22-jährigen Arabers durch die Polizei in der Ortschaft Kafr Kana bei Nazareth am 08.11.14 hat in Israel zu heftigen Streiks und Protesten geführt. Dutzende junge Araber warfen Steine auf die Sicherheitskräfte, die Wasserwerfer einsetzten. Laut der Polizei hatte der Mann den Beamten mit einem Messer angegriffen. Sein Vater sprach jedoch von einem „kaltblütigen Mord“. Außer in Kafr Kana fanden in Nazareth, Oum al-Fahm, Haifa und Beersheba Proteste wegen der Tötung des Mannes statt. Auch im Flüchtlingslager Shuafat in Ostjerusalem gab es den fünften Tag in Folge Unruhen. In zahlreichen Orten blieben aus Protest Geschäfte und Schulen geschlossen.

Türkei

Flüchtlingsboot gesunken

Beim Untergang eines Flüchtlingsboots vor Istanbul am nördlichen Ende des Bosphorus starben nach Medienberichten am 03.11.14 mindestens 24 Menschen, darunter viele Kinder. Sieben Menschen seien gerettet worden. Bei den Passagieren soll es sich hauptsächlich um Flüchtlinge aus Afghanistan und Syrien gehandelt haben.

Libyen

40 Tote bei Kämpfen um den Hafen von Bengasi

In der ostlibyschen Stadt Bengasi halten die Gefechte zwischen der Armee und den islamischen Milizen um die Kontrolle des Hafens an. Truppen des Ex-Generals Chalifa Haftar versuchen seit Juli dieses Jahres gemeinsam mit der regulären Armee, den Hafen zurückzuerobern. Am 03.11.14 wurde von ihnen eine weitere Großoffensive auf den Hafen gestartet. Innerhalb der ersten vier Tage seien bereits mehr als 40 Menschen getötet worden, teilten Vertreter von Militär und Rettungskräften mit. Unter den Toten seien Kämpfer und Zivilisten. Insgesamt gab es auf beiden Seiten seit Beginn der Kämpfe rund 300 Opfer.

Menschenrechtsverletzungen

Amnesty International wirft in einem am 30.10.14 veröffentlichten Bericht den rivalisierenden Milizen und bewaffneten Gruppen erhebliche Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen vor. Entführungen, Folter, Brandschatzung und Hinrichtungen seien an der Tagesordnung. Der Bericht stützt sich dabei auf 53 Gespräche mit Opfern von Menschenrechtsverletzungen und die Auswertung von Satellitenbildern, die unter anderem Angriffe auf Wohnhäuser und medizinische Hilfszentren dokumentieren sollen. Amnesty appelliert an die Milizenführer, Verstöße gegen das internationale Völkerrecht zu unterbinden und aufgrund ihrer Herkunft oder politischen Zugehörigkeit Entführte und Gefangene freizulassen. Amnesty-Expertin Hassiba Hadj Sahraoui fordert zudem den Internationalen Strafgerichtshof auf, in Libyen tätig zu werden, um Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit aufzuklären und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

Oberstes Gericht erklärt Parlament für verfassungswidrig

Das Ende Juni 2014 gewählte und international anerkannte Parlament mit derzeitigem Sitz in Tobruk wurde am 06.11.14 vom obersten Gericht des Landes für verfassungswidrig erklärt. Ein islamistischer Abgeordneter hatte das Gericht angerufen, weil das neue Parlament nicht, wie von der Verfassung vorgesehen, in Tripolis oder Bengasi tagt, sondern im abgelegenen Tobruk. Die Richter bemängelten nicht nur den Sitz des Parlaments, sondern erklärten den Wahlvorgang für illegal. Das Parlament kündigte an, seine Arbeit ungeachtet des Urteils fortsetzen zu wollen. Laut der libyschen Nachrichtenseite Al-Wasat soll das Gericht von bewaffneten Kräften zu diesem Fehlurteil genötigt worden sein. Nach Einschätzung von Beobachtern läuft die Gerichtsentscheidung darauf hinaus, den von Islamisten beherrschten Nationalkongress für legal zu erklären. Das Mandat des Nationalkongresses war nach der Wahl im Juni abgelaufen. Er erkannte die gewählte Regierung nicht an, tagt weiterhin und bildet ein international nicht anerkanntes Gegenparlament mit Sitz in Tripolis.

Nigeria

Viele Tote bei Bombenanschlag auf Ashura-Prozession in Potiskum

Am 03.11.14 zündete ein Selbstmordattentäter in der Stadt Potiskum (nordöstlicher Bundesstaat Yobe) während der von der schiitischen Sekte „Islamic Movement in Nigeria“ (IMN) veranstalteten Ashura-Prozession eine Bombe. Unmittelbar darauf gaben Soldaten Schüsse ab, wobei unklar ist, ob dadurch Personen zu Schaden kamen. Etwa 30 Personen, darunter viele Kinder, wurden bei dem Anschlag getötet, etwa 80 Menschen verletzt. Laut Pressemeldungen wird für das Attentat die islamistische Terrorgruppe Boko Haram verantwortlich gemacht, da diese Schiiten nicht als wahre Muslime anerkennt und der Bundesstaat Yobe zu ihrem Operationsgebiet zählt. Der Führer der Sekte, Scheich Ibraheem El-Zakzaky, beschuldigt dagegen Soldaten, eine Bombe in die Menge der Prozessionsteilnehmer geworfen und auf die Schiiten geschossen zu haben.

Extralegale Tötung mutmaßlicher Boko-Haram-Mitglieder in Haft

Am 05.11.14 wurden vom Militär die Leichen von 18 meist jungen Männern in die Leichenhalle des Allgemeinen Krankenhauses der Stadt Potiskum gebracht. Sie sollen laut Angaben eines Krankenhausmitarbeiters alle Schusswunden aufgewiesen haben. Das Militär wird von Einwohnern beschuldigt, die Männer am frühen Morgen desselben Tages im Stadtgebiet „Mosco Line“ zuhause wegen des Verdachts der Zugehörigkeit zur Boko Haram verhaftet und wenig später getötet zu haben.

Angriffe der Boko Haram

Am Nachmittag des 05.11.14 griffen Kämpfer der islamistischen Terrorgruppe Boko Haram im Bundesstaat Borno die Stadt Malam Fatori (an der Grenze zur Republik Niger, Abadam Local Government Area, LGA) an und konnten sie nach längeren Kämpfen gegen das Militär einnehmen. Mindestens 16 Zivilisten und Dutzende Militante sollen getötet worden sein. 315 nigerianische Soldaten flohen in die nigrische Grenzstadt Diffa.

Im Bundesstaat Bauchi wurden am 07.11.14 in der Stadt Azare (Katagum LGA) bei einem Selbstmordanschlag vor dem Geldautomaten einer Zweigstelle der First Bank of Nigeria mindestens sieben Menschen getötet.

Zentralafrikanische Republik

Anhaltende Gewalt

Wie Amnesty International am 06.11.14 berichtete, kommt es im Zentrum des Landes seit Wochen zu Gewaltakten. Dutzende Zivilisten seien bei Angriffen der Séléka, der Anti-Balaka sowie von Kämpfern der ethnischen Gruppe der Ful (Peul, Fulani) getötet und Tausende vertrieben worden. Betroffen seien die Städte Dekoa und Bambari (Präfektur Ouaka) und mehrere Dörfer bei Bambari. Viele Vertriebene hätten auf dem Gelände der Kirche Notre Dame des Victoires in Bambari Schutz gesucht, andere in dem 80 Kilometer entfernten Ort Grimari. Die in mindestens zwei bewaffnete Gruppen gespaltenen Séléka, einer davon gehörten viele Ful an, lieferten sich in der Region Kämpfe mit Anti-Balaka. Alle bewaffneten Gruppen verübten systematische Übergriffe auf Zivilisten, die sie der Unterstützung ihrer Gegner verdächtigten. Die Lage sei sehr brisant. Der UN-Mission MINUSCA (Multidimensional Integrated Stabilization Mission in the Central African Republic) sei es bislang nicht gelungen, den Großteil der Gewalt einzudämmen.

Burkina Faso

Zivile Übergangsregierung geplant

Am 05.11.14 einigten sich in Burkina Fasos Hauptstadt Ouagadougou Militär, Oppositionsparteien und zivilgesellschaftliche Gruppen auf die Bildung einer einjährigen zivilen Übergangsregierung bis zu den geplanten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im November 2015. Keine Einigung konnte darüber erzielt werden, welche „bedeutende zivile Persönlichkeit“ an der Spitze der künftigen Interimsregierung stehen soll. Das Militär hatte die Macht übernommen, nachdem Staatspräsident Compaoré am 31.10.14 nach 27 Amtsjahren wegen der Proteste gegen eine weitere Amtszeitverlängerung zurückgetreten war.

Kenia

Gemäßigter muslimischer Geistlicher ermordet

Unbekannte ermordeten am 04.11.14 in Mombasas Vorort Likoni Sheikh Salim Bakari Mwarangi auf offener Straße. Hintergründe der Tat sind nicht bekannt. Vermutet wird, dass sie mit dem Engagement des Geistlichen gegen islamistische Netzwerke zusammenhängt, in denen kenianische Jugendliche für al-Shabaab rekrutiert werden.

Gewaltausbruch nach Mordanschlag

Am 08.11.14 ermordeten Unbekannte in Mombasa auf offener Straße einen Terrorverdächtigen. Anlässlich seiner Beerdigung am 09.11.14 kam es zu Ausschreitungen, bei denen eine Person getötet wurde. Auch hier sind die Hintergründe der Tat unbekannt.

Bosnien u. Herzegowina/EJR Mazedonien/Serbien

Sichere Herkunftsländer

Am 06.11.14 trat das „Gesetz zur Einstufung weiterer Staaten als sichere Herkunftsstaaten und zur Erleichterung des Arbeitsmarktzugangs für Asylbewerber und geduldete Ausländer“ in Kraft. Damit sind Bosnien und Herzegowina, Mazedonien und Serbien neben Ghana und Senegal als sichere Herkunftsstaaten im Sinne von Art. 16a Abs. 3 Satz 1 GG, § 29a Abs. 2 AsylVfG i. V. m. Anlage II zum AsylVfG eingestuft.

Russische Föderation

Ultranationalisten marschierten am Tag der Nationalen Einheit

Tausende Ultranationalisten haben in Moskau und weiteren russischen Städten für ein „starkes und slawisches Russland“ demonstriert. „Russland nur für Russen“ skandierten die teils vermummten Rechtsextremen am 04.11.14 beim „Russischen Marsch“ in der Hauptstadt. Die Veranstaltungen am „Tag der Nationalen Einheit“ standen zum Großteil im Zeichen des Ukraine-Konflikts. So schwenkten viele Teilnehmer Fahnen des ostukrainischen Separatistengebiets Noworossija (Neurussland). Zudem waren schwarz-gelb-weiße Zarenflaggen zu sehen. Demonstranten forderten auf Spruchbändern auch einen Zuzugsstopp für „Nichtrussen“ aus Zentralasien und dem Kaukasus. Menschenrechtler kritisierten, die Aktion verstärke die ethnischen Probleme im Vielvölkerstaat Russland.

Hintergrund

Der Feiertag zum „Tag der Nationalen Einheit“ war 2004 von Kremlchef Wladimir Putin eingeführt worden. Er soll an die Befreiung Moskaus von polnisch-litauischen Besetzern im 17. Jahrhundert erinnern und die kommunistischen Feiern zum Jahrestag der Oktoberrevolution 1917 ersetzen.

Georgien

Regierungskrise

Der Streit über eine Annäherung an die EU und die NATO hat eine Regierungskrise ausgelöst. Die vor zwei Jahren gegründete Koalition Georgischer Traum verlor zwei wichtige Minister. Die bisherige Außenministerin Maja Pandschikidse sieht den pro-europäischen Kurs der ehemaligen Sowjetrepublik in Gefahr und ist deshalb am 05.11.14 zurückgetreten. Die euro-atlantische Integration sei für sie und ihre Mitarbeiter die wichtigste Angelegenheit, sagte Pandschikidse am Tag ihres Rücktritts vor Journalisten. Mit der Ministerin verlassen auch vier ihrer Stellvertreter die Regierung.

Am Tag zuvor war Verteidigungsminister Irakli Alasania entlassen worden. Alasania trat ebenso wie Pandschikidse für einen pro-westlichen Kurs ein. Er hatte Regierungschef Irakli Garibaschwili vorgeworfen, das Streben der Schwarzmeerrepublik in die EU und in die NATO zu sabotieren. Hintergrund sind Korruptionsermittlungen gegen leitende Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums. Alasania hatte diese Verfahren als politisch kritisiert und als Versuch bezeichnet, Verhandlungen mit der NATO zu blockieren.

Ministerpräsident Garibaschwili bedauerte den Rücktritt der Ministerin Pandschikidse, die familiäre Interessen über die Ziele des Staates gestellt habe. Pandschikidse ist die Schwester von Alasantias Frau. Die Koalition Georgischer Traum war von dem Milliardär Bidsina Iwanischwili gegründet worden und regiert seit 2012.

Ukraine

Schwere Kämpfe in Donezk

Trotz der vereinbarten Waffenruhe in der Ostukraine wird diese immer brüchiger. In der Nacht auf den 09.11.14 ist es zu den bislang schwersten Kämpfen zwischen ukrainischer Armee und prorussischen Separatisten seit in Kraft treten der Waffenruhe am 05.09.14 gekommen. In der von den aufständischen Separatisten kontrollierten Stadt Donezk seien mehrere Artilleriegranaten eingeschlagen und mindestens zehn Menschen getötet worden. Daraufhin warfen die Separatisten der ukrainischen Armee die gezielte Zerstörung von Wohnvierteln vor.

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) befürchtet einen erneuten Gewaltausbruch in dieser Region. Bereits seit rund zwei Wochen werden u.a. von Beobachtern der OSZE in der Ostukraine verstärkt Bewegungen von Panzern und militärischem Gerät beobachtet. Die Regierung in Kiew geht davon, dass die russische Führung in Moskau dafür verantwortlich ist, dass den Separatisten zusätzlich militärisches Personal, Munition und Ausrüstung zur Verfügung gestellt werden. Offiziell wird dies weiterhin von Moskau bestritten.

China

Unterstützer der Hongkonger Protestbewegung festgenommen

Wie Amnesty International am 07.11.14 berichtete, wurden auf dem chinesischen Festland seit dem Beginn der Proteste Ende September insgesamt 93 Personen wegen ihrer friedlichen Unterstützung der Proteste festgenommen. 76 befanden sich am 06.11.14 noch in Haft.